"DER COURIER"
The Organ of the German speaking People of Canada in the West.
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by The Western Printers Association, Ltd., a joint stock company, at its office and place of business, 1845 Halifax Street, Regina, Sask., Canada.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN,
Managing Director
— Advertising Rates upon Application. —

Zweiter Teil

Der Courier

und „Der Herold" — Organ der deutschsprechenden Canadier. Mittwoch, den 24. Februar 1932.

„Der Courier"
Für Canada: Ein Jahr voraus $2.00; sechs Monate, $1.00; drei Monate, 50 Cents.
Für Ver. Staaten: Ein Jahr $2.00; 6 Monate $1.00.
Für übriges Ausland: Ein Jahr $3.50; sechs Monate $2.00; drei Monate $1.00.
Reklame kostet 25c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechenden Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig, 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Der Kampf in und um Schanghai

Werden die Japaner die Führung an Stelle der Briten übernehmen?

Von Dr. Friedrich Otte,
Professor a. D. Reichsuniversität Peking.

Dieser Kampf in und um Schanghai ist, oberflächlich gesehen, lediglich eine Folge und Begleiterscheinung des Kampfes um die Mandschurei. Aufgepeitschte chinesische Massen, die sich in ihrer Hilflosigkeit vergewaltigt fühlen, und die 19.000 Japaner, die in Schanghai wohnen und hinter sich die Macht einer hochwertigen Flotte und eines schlagfertigen Heeres fühlen, geraten aneinander, und es entsteht ein neuer Konflikt zwischen den beiden lebenskräftigsten Völkern des Fernen Ostens. Das Vorgehen der Japaner und ihre Forderungen bedeuten im Grunde, daß Japan in dem Kampf um Schanghai, an dem seit 1925 alle Weltmächte beteiligt sind, als Vormacht mit zwar nicht zugestandenen, aber von keiner Seite mehr bezweifelten imperialistischen Zielen an die Spitze tritt.

Schanghai ist seit 1842 Vertragshafen für den ausländischen Handel.

Die Sonderrechte der Ausländer

gehen auf 1845 zurück. Das berühmte „International Settlement" entstand 1869 durch Zusammenlegung der englischen und amerikanischen Konzession; die französische Konzession besteht daneben selbständig weiter. Die oberste Behörde in der Niederlassung ist ein international zusammengesetzter Stadtrat, in dem zwar die Engländer immer noch führen, die Chinesen aber seit etwa einem Jahrzehnt doch zunehmenden Einfluß gewannen; wahlberechtigt sind die Grundbesitzer, und der Besitz ist überwiegend in englischen Händen; hinter dem Stadtrat steht ein Kollegium ausländischer Konsuln. Die französische Konzession untersteht praktisch nur dem französischen Generalkonsul in Schanghai. Um diesen fremden Kern herum hat sich der chinesische Stadtteil gebildet unter einer rein chinesischen Verwaltung. Auch dort wohnen allerdings Europäer. Mit dem „Größeren Schanghai" bezeichnet man heute die Gesamtheit der drei Stadtteile, deren Bevölkerung 1930 zusammen 3,112.000 betrug. 1919 wurde sie auf nur eine Million geschätzt. 1925 schon auf 1,5 Millionen. Man rechnet damit, daß diese Stadt an der Jangtsemündung mit dem volkreichsten und gewaltigsten Hinterland der Erde, — halb China, sagt mit Recht ein Fachdricht — in wenigen Jahrzehnten auch die volkreichste Weltstadt sein wird,

das „London des Fernen Ostens".

In der „Internationalen Niederlassung" wohnen neben 970,000 Chinesen auch 27.000 der insgesamt 48,000 ansässigen Ausländer, darunter 19,000 Japaner an erster Stelle; 8500 Briten ohne Inder, 7400 Russen (meist Flüchtlinge), 300 Amerikaner, je 1400 Deutsche und Franzosen usw. Schanghais Anteil am Außenhandel Chinas bewegt sich letzthin um 35 v. H. der Ausfuhr und 45 v. H. der Einfuhr. Schanghai ist auch der Mittelpunkt der chinesischen Schiffahrt, des Banken- und privaten Finanzwesens, des Versicherungswesens, der verarbeitenden Industrie, mit starkem japanischen Anteil an der Baumwollindustrie, und auch des Bildungswesens Chinas.

Seit Jahren geht nun das Bestreben der Chinesen dahin, nicht nur die formale, sondern auch die tatsächliche Oberhoheit über Großschanghai zu beginnen. Zwei Strömungen begegnen sich also in diesem Kampfe; die eine zielt auf die Beibehaltung des sozusagen internationalen Rechtszustandes der Niederlassung hin, wenigstens noch für einige Jahrzehnte; sie geht von den Ausländern, überwiegend den Briten aus. Die Chinesen setzen dagegen die Forderung nach sofortiger und endgültiger „Nationalisierung" des gesamten Stadtgebietes, ohne Zwischenlösung und Uebergangszeit

Von 1925 bis 1930 hatten die Chinesen, gestützt durch die Amerikaner,

bedeutende Erfolge zu verzeichnen.

Sie untergruben in nicht ungeschickter Weise den Rechtsstand aller Konzessionen in den Vertragshäfen durch ein System neuer Staatsverträge und dadurch, daß sie die Briten durch den gewaltigen Wirtschaftsboykott 1925 und 1926 auf die Knie zwangen. So ungern sahen die Japaner das nicht; sie protestierten damals auch keineswegs so wie heute gegen den Boykott als rechtswidrige Wirtschaftswaffe. Aehnliches wie diesmal gab ein Zwischenfall den Anlaß zur Auslösung des Boykottes, als am 30. Mai 1925 einige chinesische Studenten von Polizisten der Niederlassung niedergeschossen wurden. Ende 1926 gaben die Briten amtlich nach, die in Schanghai ansässigen britischen Untertanen haben aber den Kampf „um ihre Rechte" nie aufgegeben. Als Folge der grundsätzlichen Anerkennung der chinesischen Forderungen waren vorerst britische Konzessionen in Hankau und Kiukiang zurückgegeben worden. Darin lagen aber nicht die einzigen Erfolge bis 1930. Die Richtung der Entwicklung wies auf eine rasche Unterhöhlung aller alten Rechte der Ausländer hin. 1930 und 1931 trieb die Schanghaier Frage einer Entscheidung zu. Die Schanghaier Briten setzten sich zur Wehr.

Der britische Richter Feetham, aus Südafrika verschrieben,

hat damals für den Stadtrat ein juristisch-wirtschaftliches Gutachten in Form einer dreibändigen Denkschrift ausgearbeitet, die beweisen soll, daß die Chinesen für moderne Verwaltung nicht reif sind, weil weder Eigentum noch Person der Ausländer in China genügend geschützt seien. Als Gegenzug hat die Nationalregierung in Nanking gelegentlich der für den 5. Mai nach dorthin einberufenen Nationalversammlung am 4. Mai die Konsulargerichtsbarkeit und andere exterritoriale Sonderrechte der Ausländer durch Gesetz für aufgehoben erklärt, und zwar ab 1. Januar 1932, zum zweiten Male bereits und wieder, ohne die Durchführung erzwingen zu können.

Zwar, auch das wäre sehr wohl möglich gewesen, wenn die Chinesen die Entschlußkraft gefunden hätten, endlich einmal zusammenzustehen. Uneinigkeit macht schwach! Kein glänzenderes Beispiel für diese Binsenwahrheit als die Geschichte Chinas seit 1911. Es sind heute kaum mehr alte Staatsmänner in der Regierung, die jungen aber und die Militärgewaltigen haben keine Formel gefunden, die in der Stunde der Gefahr China zu einigen vermocht hätte.

Mit dem japanisch-chinesischen Zusammenstoß in Schanghai am 21. Januar beginnt nunmehr

der zweite Akt in dem unheimlichen, blutigen Trauerspiel,

das sich seit September im Fernen Osten entrollt. Jetzt werden auch die Großmächte aufmerken müssen.

(Fortsetzung auf Seite 14.)

Interessantes Allerlei

Aufkauf von Altautos — die Rettung der Industrie.

Der empfindliche Rückgang der Nachfrage nach Automobilen hat die französische Automobilindustrie auf den Plan gerufen. So ist ein Plan entstanden, der darauf abzielt, Autos, die ein Alter von 10 Jahren oder darüber haben, anzukaufen und aus dem Verkehr zu ziehen. Eine Versammlung in Perigueux vereinte die Vertreter aus zwölf Departements in Mittelfrankreich, die einstimmig den Antrag billigten, einen „Wagenbeseitigungsfonds" zu schaffen. Zu diesem Zwecke will man von jedem neu hergestellten Automobil eine kleine Abgabe erheben, um mit den dadurch zusammengebrachten Summen solche Kraftwagen, welche die Altersgrenze von zehn Jahren erreicht haben, aufzukaufen und zu verschrotten. Man schätzt, daß es auf diese Weise möglich sein wird, jährlich 45,000 Kraftwagen aus dem Verkehr zu ziehen, daß heißt, 25 Prozent der normalen Jahreserzeugung.

Die Bluse des Zaren.

Ein ehemaliger Donkosak, der gegenwärtig in Berlin lebt, behauptet, im Besitz der Uniformbluse zu sein, die der Zar Nikolaus II. bei seinem Tode trug. Er will das zweifellos historische Kleidungsstück in Jekatrinburg von einem der Hauptteilnehmer an der Ermordung der kaiserlichen Familie gekauft haben. Die Bluse, die die Spuren von vier Kugeln trägt, soll nach Paris gebracht werden, um in das historische Museum der Donkosaken aufgenommen zu werden, das demnächst in der französischen Hauptstadt eröffnet werden soll.

Abschaffung des Sklavenhandels.

Der Kaiser von Aethiopien hat die Gesellschaft für Abschaffung des Sklavenhandels gebeten, einen Vertreter nach seiner Hauptstadt Addis-Abeba zu entsenden, da er mit ihm über gewisse Fragen des Sklavenhandels zu sprechen wünscht. Er hat beschlossen, die Sklaverei in seinen Staaten abzuschaffen. Der Präsident der Gesellschaft, Lord Noel-Buxton, hat die Einladung angenommen.

Abbau schafft Heiratsgelegenheiten — in Norwegen.

Die norwegischen Unternehmer, die durch die Wirtschaftskrise gezwungen sind, einen Abbau vorzunehmen, beginnen mit der Entlassung der unverheirateten Angestellten. Das hat eine gewiß nicht unerwünschte Folge: die norwegischen Zeitungen bringen neuerdings Heiratsgesuche in ungeheurer Zahl. Daß der Abbau der Familiengründung günstig sein würde, hätte man am allerwenigsten erwarten können.

Kampf gegen Schmutz und Schund in Amerika.

In einem New Yorker Hotel fanden sich kürzlich 100 Vertreter der Geistlichkeit aller Konfessionen zusammen, um ein „Bürgerkomitee für öffentlichen Anstand" zu bilden. Der Zweck dieses Komitees soll die Bekämpfung unsittlicher und anstößiger Zeitschriften sein, wie sie unter der Bezeichnung „Magazine" ja auch anderswärts schon Eingang und Verbreitung gefunden haben.

Wenn ein Kronprinz einkauft.

Der abessinische Kronprinz, der kürzlich in Berlin eingetroffen ist, hat sich in London ausschließlich für Fahrräder interessiert. Wie eine englische Zeitung berichtet, besuchte er tagelang Fahrradfirmen und erteilte Aufträge auf Lieferung von Fahrrädern für Abessinien. Er bestellte hauptsächlich Tandems, um den Ehepaaren seines Reiches die Möglichkeit zu verschaffen, zusammen von Ort zu Ort fahren zu können. Im Gepäck des Prinzen befindet sich eine Sammlung von 200 scharfgeschliffenen Schwertern. Weshalb der Prinz sie mit sich führt, weiß niemand. Die Schwester des Prinzen, Prinzessin Tanagra, hat in London für mehrere tausend Pfund Wäsche und Kleider eingekauft. Ihre Garderobe ist um 21 Paar Schuhe, 130 Kleider und eine Unmenge von Strümpfen bereichert worden.

Eine Jugend-Skischule.

NDB. Da in Berchtesgaden (Bayern) noch nicht — wie z. B. in Oberstdorf im Allgäu — die Schule offiziell den Skilaufunterricht in ihr Lehrprogramm aufgenommen hat, wurde in diesem Winter vom „Ski-Klub Berchtesgaden" eine besondere Jugend-Skischule eingerichtet, die von 145 Jungen und Mädchen der verschiedensten Altersstufen besucht wird. Manche der 8 — 10jährigen Knaben erreichen auf der Jugendschanze schon 18 Meter Sprünge! Neben dieser Skischule für die Jugend gibt es in Berchtesgaden schon lange eine Skischule für die Einheimischen und die „Zugroasten", die Fremden.

Gefahren eines Donaubundes für Oesterreich

Von Universitätsprofessor Dr. Karl G. Hugelmann, Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates von Oesterreich.

Es ist nicht das erste Mal, daß von der Donauföderation die Rede ist. Auch unmittelbar nach dem Umsturz war davon die Rede und damals ließen sich immerhin noch stärkere Gründe dafür anführen als heute. Als, nicht nach dem Willen der Deutschen Oesterreichs, das alte Reich zerbrach und nicht die Deutschen des alten Oesterreichs, sondern nach Beraubung um wertvollste Gebiete ihres Siedlungsgebietes ein Rumpfösterreich zurückblieb, entschied sich die große Mehrheit der Zurückgebliebenen schon in der Geburtsstunde des neuen Staates

für die Vereinigung mit dem Deutschen Reiche.

Aber es gab immerhin auch solche, die meinten, daß man durch eine lockere wirtschaftliche Föderation mit den neu gebildeten Nationalstaaten wenigstens das alte Wirtschaftsgebiet retten könnte, und es war bezeichnend, wie die ersten inoffiziellen Vertreter der Feindmächte, wenigstens Frankreichs, alle Minen springen ließen, um die letztere Richtung zu fördern.

Man hat sich nicht geschämt, uns zu suggerieren, wenn wir die Anschlußpolitik nicht auf die Spitze trieben, würden wir einen ganz wunderbaren Friedensvertrag erhalten. Wie der Friedensvertrag aussieht, obwohl wir es bei einer platonischen Anschlußerklärung bewenden ließen — bei einem bloßen Programm und Bekenntnis — sieht die ganze Welt.

Nach längerer Pause redet man heute wieder von Mitteleuropa, und zwar macht heute nicht nur Frankreich,

sondern auch die Tschechoslowakei

für eine Donauföderation Stimmung, wie man aus den zahlreichen aus dem tschechoslowakischen Reptilienfonds gefütterten Zeitungen in Wien sieht. Frankreich hat seinen Vasallen für diese Lösung gewonnen, der sich offenbar heute, da man Oesterreich und Ungarn genügend zugrunde gerichtet glaubt, stark genug fühlt, einer solchen Donauföderation der unbeirrtene Führer zu sein. Der Anlaß ist das vorläufige Scheitern der deutsch-österreichischen Zollunion, für die man uns einen Scheinersatz bieten will. Daß wir auch ein nationales Gewissen haben könnten, daran denkt man offenbar überhaupt nicht. Nun bedeutet das Haager Gutachten gar nicht eine furchtbare Niederlage für uns, ganz im Gegenteil, im ganzen Ausland wird es als ein Pyrrhussieg der Anschlußgegner gewertet. Aber im Zusammentreffen mit der furchtbaren Wirtschaftskrise hat es einen Großteil unserer öffentlichen Meinung

in eine Panikstimmung gebracht,

die von der genannten bezahlten Presse geschürt wird. So kommt es in manchen Kreisen zu unserer Schande zu einer Stimmung, die nicht weit davon entfernt ist, sich an den Meistbietenden verkaufen zu wollen.

Schon in diesen Ausführungen ist eigentlich genugsam gesagt, daß die Donauföderation eine Gefahr ist. Sie bietet zunächst wirtschaftlich nicht, was sie bieten soll. Bleibt Oesterreich und Ungarn dabei allein, so ist es der Tod der österreichischen Landwirtschaft; ist die Tschechoslowakei dabei, so erfährt die österreichische Industrie, ohne dafür, wie es bei der deutsch-österreichischen Zollunion der Fall gewesen wäre, einen Anteil am Weltmarkt einzutauschen, gerade auf ihren östlichen Absatzgebieten die schärfste Konkurrenz einer durchaus gleichgeschalteten Industrie. Ja, da ein solches Wirtschaftsbündnis eine offensichtliche wirtschaftliche Unfreundlichkeit gegen das Deutsche Reich bedeutet, müßte die österreichische Wirtschaft

auch alle ganz selbstverständlichen Repressalien

dieser mächtigen und trotz allen Elends des Augenblicks zukunftsreichen Wirtschaft auf sich nehmen.

Damit berühren wir aber auch schon die größte Gefahr der Donauföderation. Auch wenn sie zunächst rein wirtschaftlich gedacht ist, bedeutet sie eine Abkehr vom Reich, be-

(Fortsetzung auf Seite 14.)

Gericht — in Korsika unmöglich!

Vor dem Schwurgericht in Lyon, Frankreich, standen kürzlich drei korsische Banditen, die des Totschlags angeklagt sind. Der Prozeß wird in Lyon verhandelt, weil in Korsika, dem Lande der Vendetta, Geschworene und Zeugen der Gefahr der Einschüchterung ausgesetzt sind. Die drei Angeklagten gehörten der Bande des berüchtigten Räuberhauptmanns Bartoli an, der im November vorigen Jahres, eine Woche vor der Bluttat, über die jetzt in Lyon verhandelt wird, von einem Zivilisten erschossen wurde. Sie sind der Bedrohung eines Mannes namens Mozziconacci angeklagt, der gegen Bartolis Willen ein Stück Land angekauft hatte. Infolgedessen wurde er von den Leuten des Räuberhauptmanns in seinem Hause überfallen. Es entwickelte sich eine wilde Schießerei, in deren Verlauf der Neffe des Besitzers getötet und dieser selbst schwer verwundet wurde. Der Präsident des Gerichts hatte verfügt, daß ein korsischer Polizeiinspektor, der bei der Verhandlung anwesend war, als Dolmetscher vereidigt werden solle. Der Inspektor bat himmelhoch, davon abzusehen. „Wenn ich als Dolmetscher auftrete", erklärte er, „und dann nach Ajaccio zurückkehre, könnte es geschehen, daß die Flinten von selbst losgehen". Das Gericht trug auch diesem Einwand Rechnung und bestellte einen anderen Dolmetscher.

Olde Style
Bohemian
LAGER

— das einzige wirkliche
in Saskatchewan gebraute
Bohemian-Lager

ist eine perfekte Nachbildung des famosen — fast vorgeschichtlichem Bier, welches im Herzen Europas erzeugt wurde und heute als ein Bier, das „dem letzten Wunsche" in einem Getränk von reinem Malz und Hopfen entspricht, bezeichnet wird.

Ein ausschließliches
Saskatchewan Produkt

Gebraut und in Flaschen gefüllt von der

Prince Albert BREWERIES LIMITED.

Prince Albert, Sask.

Die Erschließung der Teufelshöhle vollendet.

Neue Sehenswürdigkeit in der Fränkischen Schweiz.

NDB. Nach zehnjähriger Arbeit unter der Leitung des Münchener Geologen Prof. Dr. Hans Brand ist jetzt die Erschließung der sogenannten „Teufelshöhle" bei Pottenstein in der Fränkischen Schweiz (Bayern) vollendet worden. Ein Teil der Höhle war bisher schon zugänglich, jetzt sind aber alle sehenswerten Räume auf sicheren Wegen bei elektrischer Beleuchtung bequem zu besichtigen. Die Tropfsteingebilde der Höhle sind von märchenhafter Schönheit. Nach dem Muster anderer Höhlen hat man Namen gegeben: Die drei Kaiser, die Kreuzigungsgruppe mit dem Kalvarienberg, der doppelte Vorhang, der Wasserfall, die Gerberhütte, die Kerzen, der Goliath, die Orgel u. a. m. Der „große Dom" ist mit einer Ausdehnung von 30 bei 35 Meter einer der größten Höhlenräume Mitteleuropas! In verschiedenen Gängen der Teufelshöhle wurden Knochen der vorzeitlichen Höhlenbären gefunden aus denen ein Skelett zusammengesetzt werden konnte, das dem heutigen Besucher einen Begriff von den einstigen Herren dieses unterirdischen Reiches gibt. Eine besondere Merkwürdigkeit der Teufelshöhle ist die in ihr entdeckte „Wundererde", ein heilkräftiger Höhlenlehm, mit dem bereits gute Erfolge bei klinischer Behandlung verschiedener Krankheiten erzielt worden sind. In Pottenstein wurde eine besondere Fangoheilanstalt eingerichtet.